

Entscheidungen des Reichsgerichts.

Herausgegeben von
den Mitgliedern des Gerichtshofes und der Reichsanwaltschaft.

Entscheidungen des
Reichsgerichts
in
Bivilsachen.

162. Band.



Berlin 1940

Walter de Gruyter & Co.

vormal's G. J. Bösch'sche Verlags'handlung - J. Guttentag, Verlags-
buch'handlung - Georg Reimer - Karl J. Trübner - Veit & Comp.

Die „Entscheidungen in Bivilsachen“ gelangen in Heften im Umfange zu 4 Bogen sowie in vollständigen gebundenen Bänden zur Ausgabe. Einbanddecken werden nach vollständigem Erscheinen der Bände zum Preise von RM. 1.— geliefert.

Inhalt.

Nr.		Seite
41.	Zur Ruhegehaltsberechtigung jüdischer Beamter, die nach § 4 Abs. 2 Satz 1 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 in den Ruhestand getreten sind. — Ist die Ruhegehaltsberechtigung städtischer Ründigungsbeamter davon abhängig, daß sie eine planmäßige Stelle bekleiden?	257
42.	Welche Bedeutung hat die Übertragung der Rechtsstellung des Kommanditisten auf einen anderen für die Gläubiger der Kommanditgesellschaft?	264
43.	Zur rechtlichen Natur des Schiedsgerichts im Sinne des § 11 Abs. 2 des Tschechoslowakischen Gesetzes über den Versicherungsvertrag und zur Anfechtbarkeit des Schiedspruchs mittels Klage. — Steht das Recht, den Schiedsrichter für das gemäß jenem § 11 Abs. 2 zu bestellende Schiedsgericht zu bestimmen, wenn der Versicherungsfall vor der Versteigerung der Liegenschaft eingetreten ist, dem Ersteher oder dem ursprünglichen Eigentümer der abgebrannten Liegenschaft zu?	269
44.	Wen trifft die Verantwortlichkeit, wenn gerade durch die Art der Aufstellung eines Verkehrszeichens eine Verkehrsgefahr entstanden ist?	273
45.	Ist § 323 ZPO. anwendbar, wenn ein Rentenverlangen durch Urteil abgewiesen, die Haftpflicht des Beklagten als solche aber außer Streit oder ausdrücklich bejaht und die Abweisung nur wegen Fehlens eines Schadens ausgesprochen ist?	279
46.	Zur Verwendung fremdsprachlicher Urkunden. — Ist das für einen Verbandsausländer nach Auslandseintragung eingetragene Inlandszeichen schon auf Grund des Deutschen Warenzeichengesetzes unabhängig vom Schicksal des Zeichens im Ursprungsland oder erst auf Grund des Art. 6 D des Pariser Unionsvertrages geschützt? — Zur Zurückweisung verspäteter Verteidigungsmittel im Berufungsverfahren.	282
47.	Kann beim Konkursgrunde der Überschuldung die Annahme der Gläubigerbenachteiligung mit der Begründung bekämpft werden, die Masse sei zulänglich, weil bestrittene Konkursforderungen nicht zu Recht beständen? — Hat im Falle des § 31 Nr. 1 KO. der Anfechtungsgegner den Beweis, daß die Masse zulänglich ist, zu führen, falls das Konkursverfahren wegen Überschuldung eröffnet ist? — Nach welchen Gesichtspunkten sind die Fragen zu beantworten, ob durch die einem Abwickler vor der Konkursöffnung aus der Masse gewährte Vergütung die Gläubiger benachteiligt sind, ob sich eine Gegenleistung in der Masse befindet und was zurückzugewähren ist?	292
48.	Kommt es nach § 78 Abs. 2 Satz 2 EheG. unbedingt auch auf die Ertragsfähigkeit des Nachlasses an oder können unter Umständen für die Frage der Billigkeit allein die Verhältnisse des Erben entscheidend sein? — Muß in dem Unterhaltsrechtsstreit auf die Einrede der Dürftigkeit des Nachlasses sachlich eingegangen werden?	298
49.	Kann der Einwand, die Begebung eines Wechsels an eigene Order durch den Aussteller und Remittenten sei wegen Wuchers nichtig, dem Wucherer und Wechselinhaber auch von dem Annehmer des Wechsels entgegengehalten werden, der sein Akzept dem Aussteller vor der Weiterbegebung des Wechsels gegeben hat? — Greift der Wuchereinwand gegenüber dem Wechselanspruch auch dann durch, wenn der Wechsel zugleich in Erfüllung eines wucherischen und eines rechtswirksamen Geschäfts hingegeben worden ist?	302
50.	Erfolgt sich die Haftungsvorschrift des Art. 131 WeimVerf. auch auf Pflichtverletzungen solcher Wehrmachtangehörigen, die nur zur Erfüllung ihrer Wehrpflicht im Heere dienen? — Zur Sorgfaltspflicht des Führers eines Wagens mit Hinterradbremse. — Schließt Allgemeinüblichkeit die Verletzung verkehrserforderlicher Sorgfalt aus?	308
51.	Wann kann das ersuchte Gericht die Vernehmung der Mutter eines unehelichen Kindes als Zeugin über ihren Mehrverkehr in der Empfängniszeit ablehnen?	316

41. 1. Zur Ruhegehaltsberechtigung jüdischer Beamter, die nach § 4 Abs. 2 Satz 1 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 in den Ruhestand getreten sind.

2. Ist die Ruhegehaltsberechtigung städtischer Ründigungsbeamter davon abhängig, daß sie eine planmäßige Stelle bekleiden?

Erste Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 (RGBl. I S. 1333) § 4. Preußisches Kommunalbeamtengesetz vom 30. Juli 1899 (GG. S. 141) — RVO. — §§ 2, 8, 9, 12. Preußisches Gesetz, betreffend die Pensionierung der unmittelbaren Staatsbeamten usw., vom 27. März 1872 (GG. S. 268) — Staatspensionsgesetz — § 2.

III. Zivilsenat. Ur. v. 8. Dezember 1939 i. S. G. (Kl.) w. Stadtgemeinde B. (Bekl.). III 12/39.

I. Landgericht Berlin.

II. Kammergericht daselbst.

Der Kläger trat, nachdem er vom 2. Dezember 1918 bis zum 8. März 1920 als Angestellter im Dienste der verklagten preußischen Stadtgemeinde B. gestanden hatte, am 27. August 1920 erneut als Bürogehilfe auf Privatdienstvertrag bei ihr ein. Durch Anstellungsurkunde vom 5. Mai 1923 wurde er rückwirkend vom 1. Mai 1923 zum nichtplanmäßigen Stadtaffistenten ernannt und als Gemeindebeamter zur Vorbereitung auf Kündigung angestellt. In der Anstellungsurkunde war ferner gesagt, daß die Kündigungsfrist aus § 13 des Anstellungsortsgesetzes der Stadt B. vom 11. Oktober 1922 ersichtlich sei, daß mit der Anstellung ein Anspruch auf Ruhegehalt, Gnadenbezüge, Witwen- und Waisengeld nicht verbunden sei, und daß im übrigen für das Dienstverhältnis das Kommunalbeamtengesetz vom 30. Juli 1899 sowie die Ortsgesetze, Gemeindebeschlüsse und sonstige Dienstvorschriften der Beklagten maßgebend seien. Mit Schreiben vom 5. Dezember 1935 teilte die Beklagte dem Kläger, der Jude und Frontkämpfer ist, mit, daß er auf Grund von § 4 Abs. 2 Satz 1 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 mit Ablauf des 31. Dezember 1935 kraft Gesetzes in den Ruhestand trete und daß er gemäß § 4 Abs. 2 Satz 2 a. a. O. vom 1. Januar 1936 ab bis zur Erreichung der Altersgrenze als Ruhegehalt das volle zuletzt bezogene ruhegehaltsfähige Dienst Einkommen erhalte. Mit

Schreiben vom 9. Januar 1936 hob die Beklagte den die Versorgungsbezüge regelnden Teil ihres früheren Bescheides wieder auf mit der Begründung, daß die von § 4 der vorgenannten Verordnung betroffenen Beamten nur dann ein Ruhegehalt erhielten, wenn sie es nach den allgemeinen versorgungsrechtlichen Vorschriften erdient hätten, daß der Kläger indes als nichtplanmäßiger Beamter nach §§ 1 und 2 des Gesetzes, betreffend die Pensionierung der unmittelbaren Staatsbeamten, vom 27. März 1872 nicht ruhegehaltsberechtigt sei. Die Beklagte gewährte dem Kläger sodann auf Grund der Zweiten Verordnung zum Reichsbürgergesetz einen jederzeit widerruflichen Unterhaltszuschuß.

Der Kläger ist der Meinung, Ruhegehaltsansprüche gegen die Beklagte zu besitzen. Er sei trotz des Wortlauts seiner Anstellungsurkunde nicht als Beamter im Vorbereitungsdienste, sondern als lebenslänglich angestellter Beamter anzusehen; denn er habe viele Jahre hindurch die Tätigkeit eines endgültig und planmäßig angestellten Beamten ausgeübt. Die in § 7 des Anstellungsortsgesetzes enthaltene Bestimmung, wonach alle außerplanmäßigen Beamten (Diätare) als Beamte zur Vorbereitung anzusehen seien, verstoße gegen § 9 ABG. und sei daher unwirksam. Aber selbst wenn er als Kündigungsbeamter gelten müsse, so sei er dennoch gemäß § 2 Abs. 1 des Staatspensionsgesetzes um deswillen ruhegehaltsberechtigt, weil er eine planmäßige Stelle bekleidet habe. Die Beklagte ist der Auffassung des Klägers, wie folgt, entgegengetreten: Nach der Anstellungsurkunde, deren Wortlaut entscheidend sei, müsse der Kläger als nichtplanmäßiger und daher als kündbarer Beamter zur Vorbereitung angesehen werden, ohne daß es auf die von ihm tatsächlich ausgeübte Tätigkeit ankomme. Die lebenslängliche Anstellung eines Beamten müsse nach § 9 des Anstellungsortsgesetzes in der Anstellungsurkunde ausgesprochen werden. Diese Bestimmung sei mit Rücksicht auf die geringe Zahl von Planstellen, die der Beklagten für Zivilanwärter zur Verfügung gestanden habe, notwendig gewesen. Somit sei der Kläger nach § 2 des Staatspensionsgesetzes nicht ruhegehaltsberechtigt, da er keine im Haushalt aufgeführte Stelle bekleidet habe. Daß er kündbarer Beamter gewesen sei, ergebe sich im übrigen aus §§ 7, 9 und 13 des Ortsgesetzes. Sein Anspruch auf Ruhegehalt sei endlich nach § 1 des Staatspensionsgesetzes zu verneinen, weil er nicht wegen dauernder Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt worden sei.

Die zunächst auf einen Teilbetrag von 500 RM. gerichtete, im Berufungsverfahren auf das Ruhegehalt für die Zeit von Januar 1936 bis September 1937 im Betrage von 3465,80 RM. erhöhte Klage ist in beiden Rechtsgängen erfolglos geblieben. Die Revision führte zur Verurteilung der Beklagten nach dem Klageantrage.

Gründe:

Der Kläger war infolge der ihm ausgehändigten Anstellungsurkunde gemäß § 1 Satz 2 ABG. Beamter der beklagten Stadtgemeinde geworden. Er ist dann nach § 4 Abs. 2 Satz 1 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz mit Ablauf des 31. Dezember 1935 in den Ruhestand getreten. Das Ausscheiden des Klägers aus seiner Beamtenstellung beruhte somit nicht auf einer Kündigung, sondern trat von Gesetzes wegen ein. Es vollzog sich auch nicht unter gänzlicher Lösung aller aus seinem Beamtenverhältnis entspringenden Beziehungen, sondern in der Form seines Übertritts in den Ruhestand. Die regelmäßigen Voraussetzungen für die Zuruhesetzung eines Beamten, nämlich Dienstunfähigkeit oder Erreichung der Altersgrenze, sind für diesen Sonderfall um eine weitere vermehrt worden. Demnach blieb es auch bei den Folgen, welche der Übertritt eines Beamten in den Ruhestand nach den allgemeinen beamtenrechtlichen Grundsätzen nach sich zieht. Der Kläger kann also ein Ruhegehalt verlangen, wenn er überhaupt ruhegehaltsberechtigt war und die zeitlichen Bedingungen für die Entstehung des Ruhegehaltsanspruchs erfüllt hatte. Mit seiner Frontkämpfereigenschaft, die vom Berufungsgericht dabei anscheinend berücksichtigt worden ist, hat das alles freilich nichts zu tun. Die ursprüngliche Bestimmung in § 4 Abs. 2 Satz 2 der obengenannten Verordnung, wonach jüdische Frontkämpfer bis zur Erreichung der Altersgrenze die vollen zuletzt bezogenen Dienstbezüge erhalten sollten, räumte ihnen eine Ausnahmestellung nur für die Höhe ihrer Ruhegehaltsbezüge ein, eine Besonderheit, die inzwischen durch die Siebente Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 5. Dezember 1938 (RGBl. I S. 1751) mit Wirkung vom 1. Januar 1939 wieder beseitigt worden ist. An dieser Rechtslage ist kein Zweifel möglich. So bringt auch der Rundschreiben des Reichs- und Preussischen Ministers des Innern vom 20. Dezember 1935 (MBlB. S. 1504) zum Ausdruck, daß die jüdischen Beamten kraft Gesetzes in den Ruhestand treten und ein Ruhegehalt erhalten, sofern sie es nach

den gesetzlichen Vorschriften erdient haben, was auch dann gelte, wenn diese Beamten Frontkämpfer seien. Es ist daher unhaltbar, daß das Berufungsgericht dem Kläger den Ruhegehaltsanspruch auch mit der Begründung versagen zu können glaubt, daß er nicht dienstunfähig sei. Das steht mit der gesetzlichen Regelung ebenso in Widerspruch wie die weitere Erwägung des Berufungsgerichts, daß der Kläger als Kündigungsbeamter seinen in der gleichen kündbaren Stellung befindlichen deutschblütigen Amtsgenossen gegenüber in ungerechtfertigter Weise bevorzugt sein würde, wenn er mit Ruhegehalt ausscheide, während diese bei vorzeitigem Ausscheiden infolge Kündigung auf ein solches keinen Anspruch hätten. Hierzu braucht nur bemerkt zu werden, daß das Ausscheiden des Klägers eben nicht auf einer Kündigung, sondern auf seiner Zurrufesetzung kraft Gesetzes beruht, wobei ihm ein etwa bereits erdienter Anspruch auf Ruhegeld absichtlich belassen worden ist.

Also bleibt zu fragen, ob der Kläger überhaupt ruhegehaltsberechtigt war. Daß er solchenfalls die zeitlichen Voraussetzungen für den Ruhegehaltsanspruch erfüllt hatte, kann dagegen als unstreitig angesehen werden. Das Berufungsgericht geht bei der Prüfung dieser Frage zutreffend von den Bestimmungen aus, die in § 12 ABG. für die Ruhegehaltsberechtigung städtischer Beamter getroffen sind. Diese Bestimmungen finden allerdings nach § 2 Abs. 1 ABG. auf die zur Probe, zu vorübergehenden Dienstleistungen oder zur Vorbereitung angestellten Kommunalbeamten keine Anwendung. Die Beklagte hat hierzu den Standpunkt vertreten, daß der Kläger zu dieser Art von Beamten gehöre; denn er sei ausweislich der Anstellungsurkunde als Gemeindebeamter zur Vorbereitung angestellt worden. Nach der feststehenden Rechtsprechung des erkennenden Senats (RGZ. Bd. 146 S. 159 [168] und Bd. 158 S. 27 [29]) ist der Wortlaut der Anstellungsurkunde insoweit aber nicht maßgebend; vielmehr kommt es entscheidend auf die Art der Tätigkeit an, die dem Beamten übertragen wird. Diese ist jedoch nach den vom Berufungsgericht getroffenen Feststellungen beim Kläger nicht diejenige eines Beamten im Vorbereitungsdienste, sondern die eines endgültig angestellten Beamten gewesen. So muß auf den Kläger § 12 ABG. Anwendung finden.

Somit würde er fraglos einen Anspruch auf Ruhegehalt haben, sofern er lebenslänglich angestellt gewesen wäre. Das hat das

Berufungsgericht verneint. Es sieht den Kläger zwar — wie oben gesagt — nicht als Beamten im Vorbereitungsdienst, aber auch nicht als lebenslänglich angestellten Beamten, sondern nur als Kündigungsbeamten an. Diese Auffassung stützt sich auf das Ortsgesetz der verklagten Stadtgemeinde vom 11. Oktober 1922. Da dieses irrevisibel ist, kann seine vom Berufungsgericht vorgenommene Auslegung nur daraufhin nachgeprüft werden, ob sie mit dem in § 8 ABG. aufgestellten Grundsätze der lebenslänglichen Anstellung von städtischen Beamten vereinbar ist. Von diesem Grundsätze läßt § 9 Abs. 1 ABG. Abweichungen zu, wenn sie durch Ortsgesetz oder im Einzelfalle mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde festgesetzt sind. Der Unterschied liegt darin, daß ein Ortsgesetz als Rechtsnorm allgemeine Grundsätze über die Art und Weise enthält, in der für bestimmte Beamtengruppen oder bestimmte Beamtenstellen von der lebenslänglichen Anstellung abgewichen werden soll, während die Stadt nicht selbständig, sondern nur mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde darüber bestimmen kann, ob und wie bei der Anstellung einer bestimmten Einzelpersonlichkeit als Beamten das Dienstverhältnis zeitlich beschränkt werden soll (RGZ. Bd. 114 S. 122 [128]). Insoweit ist das Berufungsgericht richtig vorgegangen, indem es den Kläger ersichtlich nur als Angehörigen der Klasse der nichtplanmäßigen Beamten (Diätare) behandelt hat, für die aus §§ 7 und 13 des Ortsgesetzes die Kündbarkeit allgemein abgeleitet ist. Bedenklich ist freilich die daran geknüpfte Bemerkung, daß für die Frage der Lebenslänglichkeit oder Kündbarkeit der Anstellung die Anstellungsurkunde maßgebend sei, weil nach § 9 des Ortsgesetzes niemand lebenslänglich angestellter Beamter werden könne, dessen Anstellungsurkunde nicht durch einen Nachtrag entsprechend berichtigt werde. Soweit damit etwa der Sinn verbunden wäre, daß die Beklagte nach freiem Belieben dem einzelnen Beamten je für sich eine kündbare oder lebenslängliche Anstellung schon durch eine entsprechende Fassung seiner Anstellungsurkunde zuweisen dürfe, würde das ohne jeweilige Genehmigung der Aufsichtsbehörde — die im gegenwärtigen Falle nicht behauptet ist — unzulässig sein. Aber nach dem Zusammenhange der Urteilsgründe, die nur allgemein die Klasse der nichtplanmäßigen Beamten ins Auge fassen, läßt sich die Bemerkung des Berufungsgerichts ungezwungen dahin verstehen, daß die Anstellungsurkunde eben nur darüber maßgeblich Auskunft gibt, ob der Kläger zur Klasse der planmäßigen und darum